



Frau
Parlamentarische Staatssekretärin
Anette Kramme
Wahlkreisbüro Bayreuth
Bahnhofstraße 15
95444 Bayreuth

Spitzwegstr. 69
95447 Bayreuth

Tel: 0921 / 509586-0
Fax: 0921 / 509586-11
E-Mail: info@awo-bayreuth.de

www.awo-bayreuth.de

Bayreuth, 3. Juli 2019

Offener Brief des AWO Kreisverbandes Bayreuth-Stadt zu aktuellen Pflege Themen

Alexander Bauer
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
EDV/Datenschutz

Tel: 0921 / 509586-30
Fax: 0921 / 509586-11
presse@awo-bayreuth.de

Sehr geehrte Frau parl. Staatssekretärin Kramme, sehr geehrter Herr
Lauterbach,

anlässlich des Pflegedialogs, der von der SPD-Bundestagsfraktion in
Bayreuth durchgeführt wird, möchte ich als Vorständin des AWO-
Kreisverbandes Bayreuth-Stadt gerne zu einigen aktuellen Themen rund
um die Pflege Stellung nehmen. Unter anderem wurden auch unsere
Fachkräfte mit einbezogen, da sie es sind, die tagtäglich hautnah mit der
Pflege, ihren Problemen und ihren Herausforderungen konfrontiert
werden. Im Folgenden gehe ich auf einige Punkte ein:



Echt AWO. Seit 1919.
Erfahrung für die Zukunft.

Pflege braucht eine Lobby – eine starke Stimme!

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Pflege in der Öffentlichkeit
einen schwierigen Stand hat. Ihr fehlt eine starke Lobby, wie man sie
beispielsweise im Handwerk oder in der Industrie findet. Dadurch
bekommt die Gesellschaft auch zu wenig mit, was tagtäglich geleistet
wird und vor welchen Problemen man in der Pflege steht. Doch nur
durch diese Öffentlichkeit werden auch die Menschen, die mit Pflege
nicht in Berührung kommen, für diese Themen sensibilisiert. Pflege geht
alle Menschen an, denn jeder kann in die Situation kommen, dass er auf
sie angewiesen ist, entweder selbst oder durch seine Angehörigen.

Durch eine starke Stimme, die den Pflegeberuf nach außen vertritt und
auch unterstützt, könnte der Beruf auch mehr Wertschätzung erfahren.
Das Problem ist nämlich u.a., dass die Pflege von Menschen in Teilen der
Gesellschaft als Selbstverständlichkeit angesehen wird und zu

funktionieren hat. Die Situation der Pflegerinnen und Pfleger wie auch der Pflegehelfer wird dabei aber meist vollständig ausgeblendet.

Außerdem geht es darum, den Pflegeberuf attraktiver zu machen – sei es durch eine bessere Bezahlung der Fachkräfte, sei es durch die Entlastung der Pflegerinnen und Pfleger, die teilweise zehn bis 14 Tage am Stück arbeiten müssten, evtl. in noch wechselnden Schichten. Entlastet werden könnten sie zum Beispiel, indem die Personalschlüssel verbessert werden. Im Hauswirtschaftsbereich würde ein erweiterter Personalschlüssel etwa für eine Entlastung der Pflegekräfte sorgen.

Ausbildung verbessern und stärken, Rahmenbedingungen für höheres Ausbildungsgehalt schaffen!

Vermerkt fällt auf, dass die Schülerinnen und Schüler mittlerweile zu oft durch die prekäre Personalsituation in vielen Pflegeeinrichtungen „ins kalte Wasser“ geworfen werden. Ihnen fehlt dabei nicht das theoretische Wissen, denn darin werden sie gut ausgebildet. In der Praxis schleichen sich aber leider immer wieder Fehler ein. Das resultiert u.a. auch aus dem permanenten Zeitdruck, der in der Pflege durch den Fachkräftemangel herrscht. Die Pflegefachkräfte können sich viel zu selten mit den Schülerinnen und Schülern befassen – Dienst nach Vorschrift lautet dann zu oft die Devise für die Auszubildenden. Eine Forderung, die aufgestellt wurde, ist: Man braucht eine zusätzliche Finanzierung für Fachkräfte in der Praxisanleitung. Diese könnten nicht über den normalen Stellenschlüssel abgedeckt werden.

Und: Die Belastung für Schülerinnen und Schüler ist häufig zu hoch – hier muss eine Entlastung stattfinden. Viele Auszubildende brechen ihre Ausbildung ab, entweder weil sie unzufrieden sind mit der Bezahlung für diesen physisch und psychisch anspruchsvollen Beruf oder weil sie das Gefühl haben, dass sie in den Einrichtungen „verheizt“ werden. Hier braucht es mehr Unterstützung vonseiten der Politik, um vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Lohn für Pflegeauszubildende gerechtfertigt wird, aber auch damit man sicherstellen kann, dass sie nicht überlastet werden.

Ein weiteres Problem zeigt sich in der durchschnittlichen Verweildauer von Fachkräften nach dem Examen in der Pflege. Diese beträgt ca. fünf Jahre. Hier müssen Maßnahmen ergriffen werden, auch um Pflegefachkräfte zu halten oder wieder zurück in den Beruf zu bringen.

In der Pflege muss es vorrangig um den Menschen und nicht um einen Bürokratie-Wahn gehen!

Pflegeversicherung, Personalschlüssel, Risikoerfassung, Auflagen nach Auflagen, Qualitätsmanagement, Kontroll- und Bürokratie-Wahn – viele Pflegefachkräfte haben den Eindruck, dass der zu pflegende Mensch immer weiter in den Hintergrund gedrängt wird. Dabei gehe es nicht darum, dass Einrichtungen und die Arbeit von Pflegediensten zum Beispiel nicht überprüft werden sollen - ganz im Gegenteil: das ist wichtig, denn schwarze Schafe gibt es natürlich. Schwierig wird es dann, wenn bei seriös arbeitenden Einrichtungen und deren Belegschaft das Gefühl aufkommt, man stelle alle Einrichtungen unter Generalverdacht.



Unsere Pflegefachkräfte sind sich sicher: Pflege funktioniert nicht wie eine To-Do-Liste, deren Punkte man stur nacheinander abhakt. Darunter leide vor allem die Pflege am Menschen und man verliere das Auge für die individuellen Lebenssituationen und Anforderungen der zu Pflegenden.

Ähnlich kritisch äußern sich die Pflegefachkräfte über Verwissenschaftlichung der Pflege. Als Beispiel werden hier die Prüfverfahren genannt, die in regelmäßigen Abständen vorgestellt werden. Diese könnten meist nicht von heute auf morgen umgesetzt werden und bräuchten Zeit zur intensiven Beschäftigung. Doch kaum habe man das eine Prüfverfahren in der Einrichtung implementiert, gäbe es bereits Änderungen oder neue Prüfverfahren. Beispiel: Für die neuen Qualitätsprüfrichtlinien ist nur für die Dateneingabe mit einem Aufwand von ca. 60 Minuten pro Bewohner zu rechnen. Diese Zeit fehlt dann in der direkten Pflege.

Menschen müssen sich Pflege leisten können!

Der Eigenanteil bei stationärer Pflege lag bereits 2017 deutlich über der durchschnittlichen Rente (2000 Euro Eigenanteil / 1200 Euro durchschnittliche Rente) – bedeutet: Schon hier kann der Eigenanteil gar nicht selbst geschultert werden. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Anteil gedeckelt wird, es braucht einen gesetzlich definierten Höchstbetrag, der auch über die Dauer der Pflege verlässlich abgesichert sein muss.

Kosten hoch, Pflege runter: Wenn sich der Patient zum Beispiel für eine betreute Unterbringung entscheidet, sind oft die Mietpreise für solche Wohnungen sehr hoch – oft zu hoch, damit er benötigte Pflegeleistungen, die über das Pflegekassenbudget hinausreichen, in Anspruch nehmen kann. Das Resultat: Betroffene sparen dann am falschen Ende, nämlich an der Pflege.

Weitere Kosten entstehen für den zu Pflegenden außerdem durch die Ausbildungsumlage, die vom Patienten/Kunden getragen wird. Der Mensch, der auf Hilfe angewiesen ist, zahlt also effektiv die Ausbildung der Pflegefachkraft. Dies ist in Krankenhäusern nicht der Fall – hier werden die Kosten übernommen. Denkbar wäre, dass die Bezahlung der Ausbildungsumlage zum Beispiel über die Kranken- und Pflegekassen kommen könnte. Deutschlandweit könnten bei allen Versicherten entsprechende Beiträge erhoben werden, so dass die Umlage auf allen Schultern gleich liegt. Schließlich profitiert im Alter ja auch wieder die Gesellschaft von einer besseren Pflegeversorgung.

Zudem wird in Bayern derzeit hart verhandelt, wie viel die Ausbildung von Pflegefachkräften kosten darf (wie viele Stunden dürfen beispielsweise zur Praxisanleitung aufgewendet werden und welche Kosten werden anerkannt).

Pflegepersonalstärkungsgesetz: Schritt in die richtige Richtung, aber ein Bürokratiemonster

Durch das neue Gesetz konnte zwar eine neue Stelle im AWO Zentrum Bayreuth geschaffen werden, jedoch ist der Bürokratieaufwand sehr hoch – beispielsweise wartet unsere Verwaltung weiterhin auf Antwort der Pflegekasse. Auch die Finanzierung ist deshalb nicht sichergestellt bzw. vorfinanziert. Wenn solche richtigen Schritte durch die Politik eingeführt



werden, muss sichergestellt werden, dass sich an Gesetzen beteiligte Institutionen zügig an die Umsetzung machen und der Bürokratieaufwand minimal bleibt.

Für Fragen oder für ein weiterführendes Gespräch stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Tost
Vorständin AWO Kreisverband Bayreuth-Stadt

Zur AWO Kreisverband Bayreuth Stadt e.V.:

Die AWO in Bayreuth zählt ca. 330 Mitglieder und beschäftigt rund 200 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus engagieren sich mehr als 60 Menschen ehrenamtlich oder im Freiwilligendienst in verschiedenen sozialen Bereichen.